

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/106

Bad Godesberg, den 8. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Widerlich ! Ostberlin und Nassers "totaler Krieg" gegen Israel	19
1	Schritte in der richtigen Richtung Prag über die neue deutsche Ostpolitik	26
2 - 3	Wehners Glückwunsch war berechtigt Eine kritische Analyse nach der Niedersachsen-Wahl Von Klaus Rusticus, Hannover	36
4	Schnell geschaltet Leipzig schickt Zeitungen für griechische Gastarbeiter in der Bundesrepublik	31
5	Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Südvietnam Genossenschaftshilfe für die vietnamesischen Bauern Von Erwin Erasmus Koch, z.Z. Saigon	49

* * *

Widerlich!

Ostberlin und Nassers "totaler Krieg" gegen Israel

sp - Wer in diesen Tagen die kommunistischen Zeitungen aus dem anderen Teil Deutschlands liest, muß glauben, dort sei der "heilige Krieg" gegen Israel ausgebrochen. Zwar verurteilt man auch in den anderen kommunistisch regierten Staaten den "westlichen Imperialismus", der "die friedliebenden Araber überfallen" habe, gibt aber doch zu verstehen, daß eine friedliche Lösung des Konfliktes für a l l e Beteiligten das Beste wäre. Anders die SED. Deren Beschimpfungen der Israelis und Lobgesänge auf Nasser muten an, als hätte man in Ostberlin nie etwas davon gehört, daß die arabischen Führer schon seit Wochen mit dem "totalen Krieg" gegen Israel und der "Vernichtung des jüdischen Volkes" drohen. Dies ist um so peinlicher, als man gerade bei Deutschen - sogar bei deutschen Kommunisten - erwarten sollte, daß sie sich daran erinnern, mit welchen Tönen vor noch nicht allzu langer Zeit ein deutscher "Führer" buchstäblich mit der gleichen Sprache wie Nasser die totale Vernichtung jüdischer Menschen angekündigt und zum Teil auch verwirklicht hat. Was sich jetzt die SED-Presse leistet, ist genauso widerlich.

Um so erfreulicher ist es, daß im freien Teil Deutschlands die öffentliche Meinung eindeutig auf Seiten des Kampfes der Israelis um die Existenz des von ihnen mit Schweiß und Blut aufgebauten Staates steht

Schritte in der richtigen Richtung - Prag über Bonn

sp - Es will schon etwas bedeuten, wenn der tschechoslowakische Außenminister Klica in einem deutschen Zeitungen gewährten Interview sagt, es habe sich doch in der Politik der Bundesregierung einiges verändert und zum erstenmal könne Prag wirkliche Elemente des Willens zur Entspannung feststellen. "Es gibt Schritte in der richtigen Richtung." Mit diesen Feststellungen bekundete der Prager Außenminister das Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei. Die Bundesregierung wird gewiß diesen neuen Tönen ihre Beachtung nicht versagen. Zwischen Bonn und Prag gibt es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten und keine territorialen Ansprüche. Das unselige Münchner Abkommen gehört endlich der Vergangenheit an; staatsrechtliche und Eigentumsfragen und Fragen eines Volksgruppenrechts, die sich aus den Folgewirkungen des Zweiten Weltkriegs ergeben, können bei gegenseitigem Verständnis und gutem Willen gelöst werden.

Die Äußerungen des tschechoslowakischen Außenministers erhellen die Atmosphäre und belegen die unterschiedliche Reaktion, die die neue deutsche Ostpolitik auch in den Ostblockstaaten gefunden hat. Der Wille zur Entspannung und zur Verständigung mit allen Völkern als unveräußerliche Bestandteile einer Friedensstrategie wird in Prag Bonn nicht mehr abgesprochen oder als Täuschung empfunden - das ist in der Tat ein Wandel, der noch vor wenigen Jahren undenkbar war. Wirkliche oder künstlich aufgerichtete Mißverständnisse beginnen zu schwinden. Dies ist die erste Frucht einer mit Nachdruck und Beharrlichkeit geführten deutschen Ostpolitik, die sich auch dadurch nicht irritieren läßt, daß ihre Motive noch in manch anderen Hauptstädten unserer östlichen Nachbarn verkannt werden.

Wehners Glückwunsch war berechtigt

Eine kritische Analyse nach der Niedersachsen-Wahl

Von Klaus Rusticus, Hannover

Bundesminister und stellvertretender SPD-Vorsitzender Herbert Wehner hatte den Wahlausgang in Niedersachsen schon treffend "analysiert", als er noch in der Wahlnacht in der Prominentenrunde des Ersten Deutschen Fernsehens in Bonn seinen niedersächsischen Parteifreunden herzlich gratulierte. Um diese Zeit stand das Wahlergebnis bereits fest. Weil sich SPD und CDU in Hannover schon zwei Jahre vor der Borer Koalition zusammenfanden, stellten sie sich jetzt in Hannover im doppelten Sinne zur Wahl. Dies wurde eindeutig zum Vertrauensbeweis für die Koalitionspartner: SPD und CDU vereinigten 84,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich.

Die CDU gewann zwar Stimmen, aber es gelang ihr in Niedersachsen nicht, die SPD zu schlagen. Wenn man aber nunmehr sagt, die SPD wäre in Sorge, weil schließlich die Große Koalition in Bonn mehr Stimmengewinne der CDU brachten, dann verkennt man die wirkliche Situation. Gewiß spielt das Vertrauen, das die Bundesdeutschen der Bundesregierung zollen, nachdem die SPD die Regierungsverantwortung mit übernommen hat, bei einer Landtagswahl heute eine wichtige Rolle. Deshalb wird aber eine Landtagswahl global nicht zur detaillierten Bundestagswahl für ein Bundesland, und das Ergebnis einer Landtagswahl läßt sich späterhin keinesfalls auf die gesamtpolitische Konstellation ummünzen.

Bei jeder Wahl traten die Christlichen Demokraten in Niedersachsen an, um die Sozialdemokraten als stärkste Partei zu schlagen. Das geschah bisher aus der Schanze der Opposition, in der sich die CDU bis zur Bildung der Großen Koalition in Hannover befand. Am nächsten kamen sie aber erst 1967 den Sozialdemokraten, also erst, nachdem sich die CDU in der Koalition mit der SPD befunden hat.

Ein klarer Auftrag für die Große Koalition

Daß die niedersächsische SPD 1967 ihren Stimmenvorsprung nicht weiter so erheblich wie früher vergrößern konnte, war jedem klar, der auch nur annähernd die Mentalität der niedersächsischen Wähler zu definieren weiß.

In Niedersachsen wurde der landespolitische Kurs von Sozialdemokraten festgelegt. Der von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Langeheine für die CDU entworfene "Langeheine-Plan" war und ist eine Fortsetzung dieses Kurses, von dem es heute keine Abkehr gibt, gleichgültig, welche der großen Parteien den stärksten Stimmenanteil auf sich vereinigt.

In einem Bundesland wie Niedersachsen, auf das alle negativen Symptome des geteilten Deutschland angesichts des größten Abschnittes der Derarkationslinie einströmen, konsequent einen landespolitischen Kurs zu steuern, bedeutet nicht, daß sich die Sozialdemokraten nur Freunde hätten gewinnen können. Wäre jedes Bundeskabinett bis zur Kiesinger/Brandt-Regierung von einer solchen politischen Konsequenz erfüllt gewesen, dann hätte es vielleicht nicht einer Aufwertung des Vertrauens durch eine Große Koalition bedurft. Man darf deshalb aber nicht auf der einen Seite das positiv werten, was sich in Niedersachsen umgekehrt

darstellte: Hier mußten die Sozialdemokraten einmal ihre politische Konzeption allen außergewöhnlichen Widerwärtigkeiten zum Trotz verteidigen. Hier mußten aber auch die Sozialdemokraten ihr politisches Profil wahren und selbst in einer Koalition mit der CDU ihre Position behaupten.

Wenn man also eine Analyse ziehen will, dann muß man erkennen, daß es bei der SPD in Niedersachsen nicht erst einer Koalition mit der CDU bedurft hätte, um die stärkste Partei zu bleiben. Weil sie aber trotzdem mit der CDU in Verantwortung für dieses problematische Bundesland koalierte, war die Landtagswahl 1967 für die SPD die schwierigste überhaupt und - analog - der Wahlausgang ein noch größerer Erfolg. Ministerpräsident Dr. Diederichs und seine bewährten sozialdemokratischen Minister wußten um den Preis der Großen Koalition, bevor sie gebildet wurde. Sie erkennen heute aber auch den klaren Auftrag, den 84,8 Prozent aller Wähler der Großen Koalition in Niedersachsen und den Sozialdemokraten als führende Regierungspartei erteilten. Von dieser Erkenntnis ausgehend dürften beide Verhandlungskommissionen - SPD und CDU - die neuen Koalitionsverhandlungen führen.

Keine illusionistischen Auslegungen...

Die 66 Landtagsabgeordneten der SPD können heute eher für eine Koalition mit den zehn Abgeordneten der FDP als die 62 CDU-Abgeordneten mit der FDP plädieren. Immerhin verfügte eine SPD/FDP-Koalition über eine Mehrheit von vier Abgeordneten, ganz abgesehen davon, daß die niedersächsische CDU wohl niemals daran denkt, eine breitere Koalitionsbasis auch noch mit der NPD zu finden, die ebenfalls mit zehn Abgeordneten in den Landtag einzieht. Theoretisch wäre das durchaus denkbar, praktisch aber stünde ein viel zu hohes internationales Prestige auf dem Spiel. In allen - auch zum Teil recht überspitzten - Wahlprognosen war davon offensichtlich nicht die Rede, und so zwingt sich - in der Tat - die Große Koalition in Hannover regelrecht auf. Es sei denn, die Christlichen Demokraten wollten aus ihrem fraglos erkennbaren Stimmengewinn ausgesprochen politischen Profit schlagen und mit ihren bisherigen sozialdemokratischen Ministerkollegen "hart" verhandeln.

Das aber scheint wirklich nicht zu erwarten sein, zumal das Kabinett in Hannover in der Zusammensetzung von SPD- und CDU-Ministern unter ihrem sozialdemokratischen Regierungschef sachlich und reibungslos zusammengearbeitet hat. Nunmehr eine solche Zusammenarbeit durch irgendwelche Manipulationen - eventuell auch auf der parteipolitisch internen Ebene - in Gefahr zu bringen, wäre sehr fragwürdig.

In der Summe dieser Analyse verbleibt zuletzt nur noch, an den Glückwunsch des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden in der Wahlnacht zu erinnern. Dieser Glückwunsch kam aber auch zugleich aus dem Munde des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, der als Sachkenner der ganzen Problematik des geteilten Deutschland auch in der Wahlnacht - gewollt oder ungewollt - die gesamtpolitische, ja, die gesamtdeutsche Verantwortung unterstrich: Der Glückwunsch an seine niedersächsischen Parteifreunde beinhaltet zur gleichen Zeit die große Verantwortung, die Sorge um die Weiterverfolgung eines politischen Auftrages, den sich in diesem Bundesland die Sozialdemokraten stellten und der nunmehr auch sein Vertrauensvotum in der "Institution" der Großen Koalition in Hannover erfuhr.

Diese Verantwortung wird auch die zukünftigen Koalitionsverhandlungen in Hannover bestimmen.

Schnell geschaltet

Leipzig schickt Zeitungen für griechische Gastarbeiter
in der Bundesrepublik

DO - Kurz nach dem Militärputsch in Griechenland stellten mehrere große Zeitungen Athens ihr Erscheinen ein oder wurden verboten. Gerade diese Zeitungen gehörten mit der verhältnismäßig hohen Auflage von 6 000 bis 8 000 Exemplaren täglich zur bevorzugten Lektüre der griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Die neuen von der Militärregierung zensierten griechischen Zeitungen werden von den Gastarbeitern abgelehnt. Nur ein ganz geringer Prozentsatz von ihnen kauft sich gelegentlich - wie es heißt - "gegen das Heimweh" die Sprachrohre der Militärdiktatur.

Diesem Umstand haben sich die Kommunisten schnell zunutze gemacht. Jetzt wird eine auf Z y p e r n (!) hergestellte Zeitung in griechischer Sprache gedruckt und unter den Gastarbeitern in der Bundesrepublik in Umlauf gebracht. Der Inhalt dieses Blattes ist ganz offensichtlich von der EDA gesteuert, jener verhältnismäßig kleinen Nachfolgepartei der früheren kommunistischen Partei Griechenlands, die sich schon seit langem ohne Erfolg um die griechischen Gastarbeiter bemüht. Seitdem jedoch die großen demokratischen Zeitungen Griechenlands nicht mehr erscheinen, bzw. ihren Charakter ändern mußten und infolgedessen keine Zustimmung bei den griechischen Gastarbeitern finden, steigert sich die Nachfrage nach der aus Zypern eingeschleusten Zeitung von Woche zu Woche. Demnächst wird auch in L e i p z i g eine griechische Zeitung für die Griechen in der BRD herauskommen.

Auch die Parteigänger der griechischen Militärdiktatur haben sich jetzt in der Bundesrepublik gesammelt. Der Keffe des neuen Außenministers, ein Herr Gcuras, hat in München eine rechtsradikale Gruppe gegründet und die Herausgabe einer eigenen Zeitung angekündigt.

Zur Zeit sind Bemühungen im Gange, um für die griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik wieder ein Organ zu schaffen, das sie einmal objektiv über die Vorgänge in ihrer Heimat unterrichtet, zum anderen ihnen aber auch hilft, die Probleme des Gastlandes kennenzulernen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Südvietnam

Genossenschaftshilfe für die vietnamesischen Bauern

Von Erwin Erasmus Koch, z.Z. Saigon

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Niederlassung Vietnam eröffnet, durch Chr. W. Potyka in Saigon geleitet. Potyka sprach über "Vietnam, wie es wirklich ist". Der Kommunismus kann auf die Dauer nicht mit Waffengewalt besiegt werden. Dazu ist mehr notwendig; die bessere Weltanschauung, eine Ideologie, die gerade im unterentwickelten Asien der kommunistischen Phraseologie weit überlegen ist, die Ideologie für den Alltag zum Aufstieg in eine freie, bessere Zukunft. Vietnam, wie es wirklich ist, kann nicht in wenigen Sätzen beschrieben werden. Jedenfalls aber ist es das Land, das wohl von allen Nationen der Erde mit der schwersten vom Krieg heimgesucht wurde. Die 12,5 oder 13 Millionen Südvietnamesen sind den Krieg mehr als überdrüssig. Kann man es ihnen verbieten, daß sie abgestumpft, fast ohne den Glauben an die bessere Zukunft werden.

Dieser Glaube ist zu wecken, nicht nur in der Zwei-Millionen- oder Drei-Millionen-Stadt Saigon, im Zentrum überrannt von Geschäftigkeit und Luxus, in den Außenbezirken vielfach ein Gebilde von Slums, der nahezu unvorstellbaren Armut, des Hungers, des Lasters, der Seuchen. 86 Prozent der Bevölkerung des Landes sind Bauern. Der Glaube an die bessere Zukunft in wirklicher Freiheit, in wirklicher Brüderlichkeit, in wirklicher Gleichheit des einzelnen zum anderen, wie ihn die Gaule fast am Ende der kolonialen Herrschaft Frankreichs in Indochina dem Volk von Vietnam zwar versprochen, aber niemals der Verwirklichung nahegebracht hat, dieser Glaube ist in den Slums ebenso wie unter den Bauern zu wecken.

Auch Potyka fordert die Landreform. Mao Tse-tung hätte das kommunistische Reich in China nie errichten können, wäre vor ihm oder wenigstens zugleich mit ihm ein Führer gewesen, der das Werk der demokratischen Landreform verwirklicht hätte. Dem Grundbesitzer das Seine, den arbeitsfähigen Pächter-Bauern das Ihre am Grund und Boden. Entrechtete darf es dabei nicht geben. Wenn indes ein Bauer 3 000 Prozent oder sogar mehr Zinsen für tägliches Geld, wenn auch illegal, zahlen muß, ist er entrechtet. Es gilt, von Grund auf anzufangen; die Landreform muß Tausende von Dörfern und Zehntausende von Siedlungen vielfach noch aus der Erbschaftsweise der Steinzeit in die Gegenwart führen.

In diesem Sinne sieht die Friedrich-Ebert-Stiftung, die in vielen Überseeeländern wirksam geworden ist, ihre Arbeit. Dabei soll natürlich der soziale Fortschritt, die revolutionäre Entwicklung in den Städten - über Saigon hinaus auch in allen Mittel- und Kleinstädten - nicht vernachlässigt werden. Die große Dachorganisation der Gewerkschaften der Freien Republik Vietnam, die CVT, arbeitet mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und mit allen anderen Organisationen der planenden Entwicklungshelfer zusammen. - Damit werden die Ziele deutlich:

1. die konstante, Schritt um Schritt erfolgende bessere Lebenshaltung des gesamten Volkes und damit der Aufbau des Grundschulwesens, der Gewerbefachschulen auf breitester Basis und der höheren Lehranstalten, die das Wissen zum Fortschritt vermitteln.
2. die Landreform, für die es bereits Ansätze gibt. Die illegale Zinsknechtschaft muß getrocknet werden.
3. die Errichtung der Demokratie nach den Grundsätzen der freien Welt.